

Demokratisierung der Sicherheitspolitik

Baechler, Günther

Veröffentlichungsversion / Published Version

Sammelwerksbeitrag / collection article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Baechler, G. (1989). Demokratisierung der Sicherheitspolitik. In H.-J. Hoffmann-Nowotny (Hrsg.), *Kultur und Gesellschaft: gemeinsamer Kongreß der Deutschen, der Österreichischen und der Schweizerischen Gesellschaft für Soziologie*, Zürich 1988 ; Beiträge der Forschungskomitees, Sektionen und Ad-hoc-Gruppen (S. 846-849). Zürich: Seismo Verl. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-145541>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Im Bereich des Militärs führt dieser Wertwandel weder in der Schweiz noch in den meisten westlichen Ländern zu verbreiteten grundsätzlichen Zweifeln an der Notwendigkeit der Armee. Von 1970-1986 zeigt sich eine entsprechende Bejahung von insgesamt über 80%. Grössere soziodemographische Unterschiede zeigen sich zwischen Jüngeren und Älteren, Romands und Deutschschweizern, SPS-Sympathisanten und Anhängern von bürgerlichen Parteien. Zugenommen haben allerdings die lediglich lauen Zustimmungen. Ähnlich hoch ist auch die Bejahung des Milizprinzips und gar noch höher diejenige der Neutralität. Letztere ist offensichtlich zu einem modernen nationalen Symbol geworden.

Ueber die Notwendigkeit der Armee besteht also ein hoher nationaler Konsens. Dies entspricht auch der aus verschiedenen Untersuchungen deutlich werdenden Tatsache, dass Sicherheitswerte in der Schweizer Bevölkerung nach wie vor sehr hoch gewichtet werden. Der Wertwandel hinterlässt seine deutlichen Marken in einem anderen Bereich, nämlich in der Bewertung der gesellschaftlichen Bedeutung der Armee. Das Militär verliert zunehmend seine vormals zentrale Stellung in der Gesellschaft und wird mehr und mehr als notwendiges Übel verstanden. In analoger Weise wird der Armee auch die Funktion, eine Schule der Nation zu sein, zunehmend abgesprochen. Damit verbunden ist eine sehr weit verbreitete Toleranz gegenüber abweichendem Verhalten, hier insbesondere auch, was die Militärdienstverweigerung aus Gewissensgründen betrifft. Vor allem aus Gleichheitsgründen wird aber am Prinzip der allgemeinen Wehrpflicht dezidiert festgehalten.

Die Armee wird also zunehmend instrumentalisiert, die individuellen Prioritäten werden verschoben. Tendenzen zum Desengagement werden sichtbar. Dadurch wird die nationale Kohärenz geschwächt. Es besteht in diesem Bereich eine erhebliche Wertverunsicherung. Das Resultat ist ein ausserordentlich grosser Legitimationsbedarf des Staates ganz allgemein und des Militärs im besonderen.

Demokratisierung der Sicherheitspolitik

Günther Baechler (Bern)

Dass in der Demokratie die Herrschaft aus dem Volk hervorgeht, dass sie durch das Volk und in seinem Interesse ausgeübt wird, ist zwar eine alte Wahrheit, nichtsdestotrotz wurde sie bisher nicht eingelöst - und dies gilt insbesondere für die Aussen- und Sicherheitspolitik.

Die Schwäche der meisten Demokratisierungskonzepte besteht in der Regel in der Gegenüberstellung von aussen- und gesellschaftspolitischem Denken bzw. umgekehrt: das Gleichsetzen von Gesellschafts- und Innenpolitik. Dadurch wird die Aussenpolitik zu einem gesonderten, von der Innenpolitik abgegrenzten Politikfeld gemacht, das gegen gesellschaftliche Veränderungen weitgehend immun ist. Der "andere Staat" wird zum Element einer negativen gesellschaftlichen Integration, während die Innenpolitik als Bühne begrenzter gesellschaftlicher

Interessenkonflikte wirkt. Auf der Ebene der Aussenpolitik wird die Nation bzw. der Nationalstaat zum politischen Subjekt.

Demokratische Aussenpolitik ist jedoch keineswegs nur ein Problem der Regierung oder der parlamentarischen Kontrolle, sondern sie umfasst das gesamte Spektrum, das von staatlich-bürokratischen Einzelaktionen in den internationalen Beziehungen bis hin zum Netz demokratischer Meinungsbildung, zum/r Bürger/in, reicht. Die Chancen einer Demokratisierung liegen nicht allein im institutionell abgegrenzten "politischen" Bereich, sondern sind im gesamten gesellschaftlichen Zusammenleben zu suchen. Die klassische Anschauung vom Staat als Handlungseinheit ist zu überwinden (das ist bisher nur der Ökonomie gelungen) und der Blick stärker auf die gesellschaftliche Selbstorganisation und das, was neuerdings etwas vage mit dem Begriff: "Institutionalisierung der politischen Vernunft" bezeichnet wird, zu richten.

Zunehmend grenzüberschreitende zwischengesellschaftliche Verflechtungen und ökologische Bedrohungen umgehen die nationalen Entscheidungsstrukturen, beeinflussen jedoch deren Entscheidungskontext. Die Analyse der Interaktionen ist für die Frage der Demokratisierung und Demokratisierbarkeit v.a. deshalb relevant, weil zunehmend unklar wird, wer wo in solchen Zusammenhängen der Adressat demokratischer Mitbestimmung sein soll.

Zur Illustration: das nukleare Abschreckungssystem hat hinsichtlich der demokratischen Dimension der Aussenpolitik durchaus zwei gegenläufige Konsequenzen. Zum einen schränkt es bereits in "normalen" Zeiten, jedoch besonders im Krisenfall, die Möglichkeiten demokratischer Partizipation in präzedenzloser Art und Weise ein. Das führt zu einer bisher nicht gekannten Zentralisierung und Totalisierung der Entscheidungsbefugnis. Nur die erwartbaren Folgen "einsamer" Entscheidungen würden verallgemeinert: Der Krieg wird im Sinne einer immer vollständigeren Betroffenheit der Zivilbevölkerung "demokratisiert", ohne dass diese jedoch in einer Krisensituation noch über die geringste politische Macht verfügen würde.

Bereits im Vorfeld einer Krise oder eines Krieges wird eine Beteiligung der Bevölkerung an Entscheidungsprozessen vor dem Hintergrund der Nuklearstrategie zur "non-decision", denn eine demokratische Entscheidung über den Einsatz von Massenvernichtungsmitteln scheidet von vornherein als wählbare Option aus, zumal die Vernichtungsdrohung einen Januskopf hat. Angesichts der latent drohenden Selbstvernichtung durch Verteidigung sehen die Betroffenen die staatliche Sicherungs- und Überlebensgarantie durch die staatlichen (bürokratischen) Aktivitäten selbst in Frage gestellt, denn die militärische Verteidigung beruht auf Waffensystemen, die zentral und auch gegen den Willen der Bevölkerung eingesetzt werden können bzw. unter dem Aspekt der kurzen Vorwarnzeit sogar ohne vorherige politische Öffentlichkeit regierungsmächtig eingesetzt werden müssen. Das autoritär-konservative Prinzip der "Staatsouveränität" eines Thomas Hobbes (Leviathan) schiebt sich vergleichbar unmerklich wie radioaktive Strahlung vor das emanzipatorische Prinzip der "Volkssouveränität".

Was tun im Rahmen einer Demokratisierungsstrategie, die gleichzeitig eine Friedensstrategie ist? Der Vorschlag, der hier nur angedeutet werden kann, zielt in die Richtung dessen, was mit "Institutionalisierung der politischen Vernunft" umschrieben wird. Das bedeutet in erster Linie, mit den Instrumenten der "Sozial- und Verfassungsverträglichkeitsanalyse" eine demokratische Sicherheits- und Friedenspolitik zu entwerfen. Die "Sozialverträglichkeits-Analyse" von Technologien wurde zur Prüfung unterschiedlicher Energiepfade entwickelt. Es besteht jedoch guter Grund zu der Annahme, dass deren Kriterien ebenso auf die Ermittlung einer sozial verträglichen Sicherheitsstruktur anwendbar sind.

In einem Zielsystem müssen die Kriterien, die an eine solche Struktur angelegt werden, mit verschiedenen Funktionsbereichen abgestimmt werden (Politische und rechtliche Implikationen, soziale Kosten, stärkere Beachtung der Länder und Kommunen durch Dezentralisierung, Versorgungsautarkie, Bestimmung des Grads des Angewiesenseins auf externe Ressourcen, Handelsbeziehungen, Kulturaustausch usw.). Daraus ergeben sich eine Reihe von politischen und normativen Anforderungen, die in weiteren Arbeitsschritten zu operationalisieren sind:

1. Eine Handlung, für die niemand (kein Politiker) die Verantwortung übernehmen kann, gilt nach den Kriterien einer neuen Verantwortungshaltung im Rahmen der Friedensstrategie als ethisch nicht legitimierbar. Es sind nur noch Entscheidungen zu treffen, die reversibel sind, also nicht Sachzwänge für Generationen von Nachkommen schaffen.
2. Aufgaben im Rahmen der institutionellen Verantwortung, d.h. neu zu schaffender ausser- oder halbparlamentarischer politischer Strukturen (vgl. z.B. das amerikanische "Office of Technology Assessment"; aber auch parlamentarische Ausschüsse unter starker Beteiligung gesellschaftlicher Gruppen) sind:
 - a) Die Bewertung der verschiedenen Aspekte der Friedensstrategie und ihre möglichen bzw. wahrscheinlichen Folgen für eine politische (bzw. repolitisierte) Systemsicherung, militärische und nicht-militärische Abhaltefähigkeit einer nichtbedrohlichen Verteidigung, soziale, ökologische und internationale Verträglichkeit (analog der Methode der vier Energiepfadmodelle, die die Enquete-Kommission zur Energieversorgung im Deutschen Bundestag zur Ermittlung einer demokratischen Energiepolitik entwickelt hat).
 - b) Die Ausarbeitung von Parallelstudien entlang der Normen und Kriterien eines Demokratisierungsmodells mit den Leitvorstellungen: Partizipation, Transparenz, Reversibilität, Verantwortung.
 - c) Die permanente Anpassung der Friedensstrategie entlang des Kriterienkatalogs an die sich verändernden innenpolitischen und internationalen Bedingungen als Folge einer dynamischen Umsetzung der Friedensstrategie.

Aller Voraussicht nach wird die Sozial- und Verfassungsverträglichkeitsanalyse nicht nur zu einer formalen Demokratisierung der Sicherheitspolitik führen, sondern sie wird auch zeigen, dass die gegenwärtige nukleare Abschreckungspolitik (im Sinne einer militärisch produzierten Ungewissheit über die Zukunft) den inhaltlichen Kriterien einer gesellschaftlich akzeptablen Sicherheitspolitik nicht genügt. Die Chance für eine neue Sicherheit (im Sinne von gesellschaftlich produzierter Gewissheit über eine dauerhafte Kriegsverhütung) liegt in der Konvergenz von Friedens- und Demokratisierungsstrategie. So eröffnet sich die Perspektive, den ökologischen und lebensweltlichen Unversehrtheitsansprüchen gegenüber den Imperativen des industriellen Wachstums und der militärischen Sicherheit im Sinne einer dynamischen Expansion gesellschaftlicher Demokratie Rechnung zu tragen.

Streitkultur: Über die Schwierigkeiten der Etablierung einer Friedensstrategie - Thesen

Hanne-Margret Birckenbach (Hamburg)

1. Wer den Frieden will, muss nicht nur die Waffen beseitigen, sondern auch alternative Formen der Konfliktaustragung einüben, die den gewaltträchtigen Gefahren von Konflikten wie ihren innovativen Potenzen Rechnung tragen. Dies verlangt, eine Richtungsänderung zahlreicher Prozesse auf den Gebieten von Sicherheit, Wohlfahrt und Herrschaft gegen die gegenwärtig dominierenden Politikmuster und deren Widerstände durchzusetzen. Der Konflikt zwischen Friedensstrategien einerseits und herkömmlichen Mustern militärischer Sicherheitspolitik andererseits kann anhand der Reaktionen auf das von SPD und SED gemeinsam erarbeitete Dokument mit dem Titel "Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit", mit dem im August 1987 eine kommunikative Friedensstrategie unterhalb der Regierungsebene vereinbart wurde, empirisch untersucht werden.
2. Die Reaktionen auf das Dokument waren in beiden deutschen Staaten unterschiedlich, enthielten aber auch ähnliche Muster. Während in der DDR die Akzeptanz umfassend war, dominierten in den bundesdeutschen Pressekommentaren und anderen Veröffentlichungen die abwehrenden Positionen. Sowohl in der DDR als auch in der Bundesrepublik hat das Dokument auch Prozesse ausgelöst, die den Absichten der Vereinbarungen entgegenliefen. Die Bewertung der Vereinbarungen blieb sowohl in der BRD wie in der von der SED angeleiteten DDR-Debatte im Klischee von gegeneinander gerichteten Machtinteressen rivalisierender Systeme befangen. Statt der geforderten Überwindung von Feindbildern erfolgte ihre Neubelebung. Formal gesehen war die Rhetorik der Feindbilder ähnlich. Dennoch gibt es einen beachtenswerten Unterschied, der zu einer merkwürdigen Allianz gegen die mit dem Dokument beabsichtigte Innovation geführt hat: